

Newsletter Nr. 2 / 2022 (Juni)

Inhalt:

Vorwort	2
Bericht zum Sommerempfang	3
Bericht aus dem Bereich Pflege und Gesundheit KAP.Ni 2.0	4
Bericht aus dem Bereich Soziale Dienste Expertenkreis Schuldnerberatung	7
Expertenkreis Straffälligenhilfe	8
Berichte der Landesstelle Jugendschutz Cyber-Mobbing – mit Medienkompetenz und Gewaltprävention vorbeugen	9
Berichte der Stelle für Soziale Innovationen Meet Up Soziale Innovation Niedersachsen / Mehr Geld für sozial-innovative Projekte	10
Ideenwerkstatt in Lauenbrück	11
Sonstiges / Veranstaltungen und -hinweise Ausschreibung für den Nds. Sozialpreis 2023 gestartet	13
Erfolgreiche Fachveranstaltung zu den Ergebnissen des Abschlussberichtes der Enquete-kommission „Ehrenamt“	15
Teilhabe durch Innovation – 100 Teilnehmende diskutierten auf dem Sozialkongress	16
Fachtag zur Vorstellung des HSBN Anlagenberichtes am 31.08.2022	17
Workshop zum Ideenaufruf im Förderprogramm Soziale Innovation am 31.08.2022	17

Vorwort

Liebe Leser*innen, liebe Kolleg*innen,

Sie erhalten den neuen Rundbrief der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW). Wie immer können Sie dadurch einen Einblick erhalten, mit welch vielfältigen Themen sich die LAG FW in jüngster Zeit befasst hat.

Weiterhin sind die bestehende Pandemie und vor allem die Situation der vertriebenen Menschen aus der Ukraine Schwerpunkte unserer Aktivitäten und politischen Gespräche. Beides wirkt sich unmittelbar und mittelbar auf viele Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege aus, z. B. in den Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe oder im Hinblick auf die Situation in der Ukraine auf die Einrichtungen und Dienste der Migrationsarbeit.

Trotz der nach wie vor nicht geringen Fallzahlen sind wir froh, dass es doch wieder möglich geworden ist, Veranstaltungen in Präsenz durchzuführen. So konnte die LAG FW sowohl zum Sozialkongress, der gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde, als auch zum Jahresempfang jeweils über 100 Gäste persönlich empfangen. Wir hoffen, dass dies nicht nur ein „Sommermärchen“ bleiben wird, denn es wurde deutlich, wie wichtig doch der persönliche Austausch ist. Berichte zu den beiden Veranstaltungen finden Sie auf den Seiten 3 und 16.

Zum Sozialpreis, der wiederum gemeinsam mit den Unternehmerverbänden Niedersachsen vergeben wird, finden Sie die Ausschreibung auf der Seite 13 (bitte geben Sie diese Information gerne weiter!)

Eine sehr wichtige Veranstaltung konnten wir zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission Ehrenamt durchführen, an der u. a. auch Innenminister Pistorius teilgenommen hat. Den Bericht dazu finden Sie auf der Seite 15.

Weitere Informationen zur Arbeit der LAG FW finden Sie auf unserer Homepage <https://lag-fw-nds.de/>.

Ich wünsche Ihnen eine spannende und interessante Lektüre des Newsletters und trotz der Pandemie und der Situation in der Ukraine eine schöne und erholsame Sommerzeit.

Mit freundlichen Grüßen

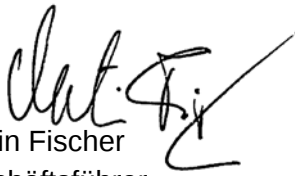
Ihr 
Martin Fischer
Geschäftsführer



Foto von Anja Strebel

Sommerempfang der LAG FW Niedersachsen am 17.05.2022

Mehr als einhundert Gäste der niedersächsischen Sozialpolitik, darunter zahlreiche Landtagsabgeordnete, kamen beim Sommerempfang der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) im AWO Pflege- und Gesundheitszentrums Lotte-Lemke-Haus in Hannover-Vahrenwald zusammen. Neben dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, waren die Niedersächsische Sozialministerin Daniela Behrens, Birgit Honé, Nds. Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung und Heiger Scholz, Staatssekretär im Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, zu Gast.

Bei seiner Begrüßung betonte Marco Brunotte, Vorsitzender der LAG FW, die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege: „Wir stehen für 230 000 Mitarbeitende und 500 000 Ehrenamtliche in unseren 13 Mitgliedsverbänden. Damit sind wir nicht nur Leistungserbringer im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge, sondern auch Fürsprecher, Befähiger und bringen uns in die politische Diskussion im Land ein.“

In seinem Grußwort fand Ministerpräsident Stephan Weil dankende Worte für die Vertreter der niedersächsischen Wohlfahrtsverbände und lobte die Leistung der Sozialwirtschaft während der Corona-Pandemie. „Im Übrigen sind es lausige Zeiten, die wir erlebt haben und die wir immer noch erleben.“ Die Situation sei eine Bewährungsprobe für das Subsidiaritätsprinzip gewesen. „Ein Niedersachsen ohne Freie Wohlfahrtspflege kann man sich kaum vorstellen“, so Weil.

Auch für diejenigen, die während der Pandemie mit die schwersten Lasten zu tragen hatten, die Mitarbeitenden der Pflegeberufe, drückte der Ministerpräsident seine tiefe Wertschätzung aus. „Der Beifall war berechtigt, aber wenn es nur dabei bliebe, dann ist das zu wenig“, sagte Weil. Stattdessen müsse man die Arbeitsbedingungen verbessern und zu einem System gelangen, in dem ausreichend Personal vorhanden sei.

Im Anschluss stellten Marco Brunotte, Vorsitzender der LAG FW, und Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Niedersachsen, den Niedersächsischen Sozialpreis 2023 vor. „Aufgrund der aktuellen Ereignisse haben wir zwei Sonderpreise eingeführt und zeichnen damit Projekte aus, die Hilfe in der Ukraine leisten und Best-Practice Beispiele, die Menschen in der Corona-Pandemie unterstützt haben. Mit dem Sozialpreis sprechen wir gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen, die sich für die Gesellschaft engagieren, Anerkennung aus. Wir wollen damit auch begeistern und zu sozialem und nachhaltigem Engagement anstiften“, so Marco Brunotte.

Bei kalten Getränken, leckeren Kleinigkeiten und Musik von Brazzo Brazzone war anschließend Zeit für einen sommerlich-politischen Austausch.

Bericht aus dem Bereich Pflege und Gesundheit

KAP.Ni 2.0

Im Juli 2018 haben das Bundesgesundheitsministerium, das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Ministerium für Arbeit und Soziales die Konzertierte Aktion Pflege ins Leben gerufen, um im Zusammenwirken mit allen Akteuren der Pflege (Wohlfahrts- und private Anbieterverbände, Pflegekassen, Länder, Pflegeberufs- und ausbildungsverbände, Betroffenenverbänden, den Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit und der Berufsgenossenschaft) Maßnahmen zu vereinbaren und umzusetzen, mit denen die Arbeit von Pflegekräften erkennbar verbessert werden soll.

Dem ist die Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen (KAP.Ni) gefolgt: Im Oktober 2019 haben die Partner auf Landesebene auf Betreiben der damaligen Sozialministerin Frau Dr. Reimann eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die Grundlage sein sollte, um gemeinsame Lösungen für die Pflege zu entwickeln. Gleichzeitig sollten auch die Beziehungen der Akteure untereinander deutlich verbessert werden, so dass das in Jahren gewachsene Misstrauen wieder von Kooperationswillen abgelöst wird.

Das vereinbarte Maßnahmenpaket gliederte sich in drei große Blöcke, unterhalb derer die einzelnen zugehörigen Handlungsfelder bearbeitet wurden:

- o Entlohnungsbedingungen in der Pflege
 - Berücksichtigung tarifvertraglicher Verpflichtungen in Vergütungsverhandlungen
 - Liquiditätssicherung statt langwieriger Vergütungsverhandlungen
 - Berücksichtigung der Vergütungsgrundsätze der Bundesrahmenempfehlung für längere Wegezeiten
 - Verbindliche Empfehlungen zur individuellen Vergütungsverhandlung ambulanter Pflegedienste als Beitrag zu Verlässlichkeit und partnerschaftlicher Zusammenarbeit
 - Umsetzung der Refinanzierung der Umlagebeträge für die Pflegeausbildung
 - Anpassung des Leistungskomplekxkatalogs für die ambulante Pflege an die aktuelle Rechtslage
 - Neufassung einer Empfehlung der Pflegsatzkommission für verbesserte Personalschlüssel außerhalb der Pflege
 - Förderung der Kurzzeitpflege
- o Personalmanagement / Betriebliches Gesundheitsmanagement
 - Aufbau und Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen
 - Umsetzung von Bundes-Förderprogrammen
 - Rückgewinnung von Pflegepersonal
- o Innovative Versorgungsansätze und Versorgungssteuerung
 - Stärkung der ambulanten Versorgung und der Versorgungssicherheit durch modellhafte Ansätze
 - Bürokratieabbau
 - Kooperationsnetzwerke von Pflegediensten zur Vermittlung freier Kapazitäten an Versicherte

- Förderprogramm zur Stärkung der Möglichkeiten digitaler Strukturen in Pflegeeinrichtungen
- Gesamtversorgungsverträge
- Reduzierung von Leiharbeit in der Pflege
- Betreuungsleistungen in der Pflege
- Anerkennung von Einzelpersonen für Angebote zur Entlastung im Alltag
- Pflegeberichterstattung
- Parkerleichterungen

Schon diese stichpunktartige Aufzählung zeigt den riesigen Handlungsbedarf in der Pflege.

In einem Workshop des Landespflegeausschusses mit Vertreter*innen der KAP.Ni-Partner Anfang März wurde der Landespflegebericht 2021 im Hinblick auf weitere Handlungsempfehlungen ausgewertet.

Als dann die Einladung des Sozialministeriums an die KAP.Ni-Partner zu einem gemeinsamen Gespräch zur „Bilanzierung und Fortführung unserer KAP.Ni“ für den 2. Juni eintraf, zeigte sich, warum die Aktion unbedingt fortgeführt werden muss.

Alle Vereinbarungspartner konnten zwar deutliche Fortschritte erkennen, vertraten allerdings gleichzeitig die Meinung, dass noch sehr viel zu tun ist.

Alle waren sich darin einig, dass sich die Beziehungen zueinander und die Gesprächskultur erfreulich verbessert haben.

Bei einem der Hauptstreitthemen, der Vergütung, seien erste wichtige Schritte gegangen worden. Anhand einer Präsentation des Sozialministeriums wurden die Fortschritte in den einzelnen Handlungsfeldern anhand von Ampelfarben bewertet, wobei trotz vieler „grüner Haken“ von Sozialministerin Frau Behrens angemerkt wurde, dass aus ihrer Sicht „in der Pflege alles tiefrot“ sei.

Schließlich wurde die Fortführung der KAP.Ni, jetzt unter dem Namen „KAP.Ni 2.0“, beschlossen und die folgenden Schwerpunkte vereinbart:

- A) Innovationen und Digitalisierungs-Unterstützung für die ambulante Versorgung
- B) Gewinnung von zusätzlichen Fach- und Assistenzkräften
- C) Stärkung pflegender Angehöriger und Ehrenamtlicher
- D) Ausbau der Pflegekompetenzen

Darüber hinaus müssen aus unserer Sicht auch offen gebliebene Maßnahmen aus der ersten Runde weiterbearbeitet werden. Dazu zählen u. a. die Erstellung eines geeinten Kalkulationsschemas für den ambulanten Bereich, die Rückgewinnung von Pflegepersonal und der Bürokratieabbau.

Zudem fordert die LAG FW auch eine finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen, die sich bspw. durch die (Wieder-)Einführung einer Förderung der Investitionskosten in vollstationären Pflegeeinrichtungen durch das Land realisieren ließe.

Es liegt also weiterhin viel Arbeit vor allen Beteiligten. Sozialministerin Frau Behrens fasst es so zusammen:

„Der Satz, dass es für viele Probleme leider keine einfachen Lösungen gibt, trifft wohl auf

wenige Bereiche so zu, wie auf die riesigen Herausforderungen, die in der Pflege vor uns liegen. Um spürbare Verbesserungen für die Pflegedürftigen, ihre Angehörigen und die Pflegekräfte gleichermaßen zu erreichen, bedarf es einer immensen Kraftanstrengung aller beteiligten Akteurinnen und Akteure.“

Packen wir's an!

Für Rückfragen steht Ihnen die Vorsitzende des FA, Andrea Hirsing (Tel. 05 11 / 36 04 - 1 44, Mail: andrea.hirsing@diakonie-nds.de). zur Verfügung.

Berichte aus dem Bereich Soziale Dienste

Expertenkreis Schuldnerberatung

Hohe Fixkosten für Miete, Heizung, Strom, Telefon, Internet, ÖPNV-Abo, Versicherungen, Rundfunkbeitrag, Kontogebühren und anderes mehr belasten die Haushaltskasse.

Seit Jahren steigen die Mieten und seit dem Angriff auf die Ukraine explodieren die Energiekosten und die Lebensmittelpreise ziehen deutlich an. Die Inflationsrate stieg im Mai 2022 auf 7,9 %. Wie das DIW jüngst in seinem Wochenbericht zeigte, können die beschlossenen Entlastungspakete die gestiegenen Energiekosten nicht ausgleichen. Immer weniger bleibt in den Haushalten übrig, um die laufenden Verbindlichkeiten zu decken. Rücklagen können immer weniger Menschen bilden.

Gleichzeitig ist Verschuldung allgemein gesellschaftlich akzeptiert und wirtschaftlich gewollt. Die Finanzierung von Eigenheimen, Autos, Smartphones und anderem mehr ist volkswirtschaftlich notwendig, da viele Menschen dieses nicht aus ihren Rücklagen zahlen können. Diese kontrollierte Verschuldung kann in Krisensituationen, etwa Krankheit, Trennung oder Arbeitslosigkeit, schnell in Überschuldung umschlagen – also in eine Situation, in der die Einnahmen des Haushaltes nicht mehr ausreichen, um die Ausgaben zu decken.

Schon die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie unvorhersehbare Ereignisse an sich wirtschaftlich stabile Existenzen in die Überschuldung treiben können. Die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung trifft insbesondere einkommensschwache Haushalte schwer.

Daher braucht es Zugänge zur Sozialen Schuldnerberatung für alle Ratsuchenden. Doch der Zugang zu den Schuldnerberatungsstellen ist uneinheitlich. In manchen Kommunen können die Schuldnerberatungsstellen allen Bürger*innen ihren Rat kostenlos anbieten. Andernorts sind Selbständige, Rentner*innen und Geringverdienende von der kostenlosen Beratung ausgeschlossen.

Die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) forderte in der diesjährigen Aktionswoche Schuldnerberatung, die vom 30.05. – 03.06.22 lief, einen gesetzlichen Anspruch auf kostenlose Schuldner- und Insolvenzberatung.

Zahlreiche Studien zeigen, dass Soziale Schuldner- und Insolvenzberatung wirkt. In der Beratung wird die Existenz gesichert, die Schulden werden reguliert. „Dadurch und durch die psychosoziale Unterstützung stellen sich zahlreiche Verbesserungen in der wirtschaftlichen und beruflichen Situation der Ratsuchenden ein. Begleitet wird dies durch eine Stärkung der familiären, sozialen und gesundheitlichen Situation“, sagt Marco Brunotte, der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW). „Deshalb unterstützen wir die Forderungen der AG SBV nach einem Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung, einer stabilen Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatung und nach Investitionen in die Digitalisierung. Denn Ratsuchende brauchen auch den niedrigschwelligen digitalen Zugang zu den Angeboten der Beratungsstellen.“

Für Rückfragen steht Ihnen die Sprecherin des EK Schuldnerberatung, Antje Braun (Tel. 05 12 1 / 9 38-140, Email: antje.braun@caritas-dicvhildesheim.de), zur Verfügung.

Expertenkreis Straffälligenhilfe

Gemeinsam den Rückfall verhindern

Erfolgreiche Kriminalitätsprävention durch verbindliche Zusammenarbeit

Die ersten Wochen nach der Haftentlassung sind entscheidend für eine erfolgreiche Resozialisierung. Die gründliche Vorbereitung der Haftentlassung ist gleichermaßen die Basis und Voraussetzung für einen guten Neuanfang. Die Existenzsicherung steht im Mittelpunkt des Übergangsmanagements für den Weg aus der Haft in die Freiheit.

Fachleute aus ganz Niedersachsen trafen sich in der Katholischen Akademie in Stapelfeld zu einem zweitägigen Praxisworkshop: Wie kann die Zusammenarbeit ausgestaltet werden, um einen Rückfall zu verhindern? Und wie kann das bewährte und überaus erfolgreiche Zusammenspiel der beteiligten Akteure aus dem Justizvollzug, aus dem Ambulanten Justizsozialdienst und aus den Anlaufstellen für Straffällige noch weiter optimiert werden?

Diese und viele weitere Fragen beschäftigten die über 70 Teilnehmenden aus den drei Diensten in verschiedenen Workshops. Einigkeit bestand in dem zentralen Punkt: Die Arbeit mit den Tätern ist Prävention und Opferschutz gleichermaßen.

Der Praxisworkshop zum Übergangsmanagement in Niedersachsen wurde zum achten Mal durchgeführt. Das Vorbereitungsteam besteht traditionell aus Vertreter*innen der drei Dienste. In diesem Jahr hatte die freie Straffälligenhilfe der LAG FW die Moderation der Vorbereitung und des Praxisworkshops übernommen.

Der Praxisworkshop wurde eröffnet durch Grußworte von Marco Brunotte, dem Vorsitzenden der LAG FW, von Tanja Mundt für den AJSD und von Meik Portmann für den Justizvollzug.

Professor em. Dr. Frieder Dunkel von der Forschungsstelle Kriminologie der Universität Greifswald hielt ein hoch interessantes Impulsreferat zum „Übergangsmanagement in Zeiten der Pandemie – Erfahrungen, Probleme und kreative Lösungen in Deutschland und im internationalen Vergleich“.



Auf dem Bild sind die Organisatoren der Veranstaltung zu sehen. Von links: Dagmar Bloemen (JVA Meppen), Hermann-Josef Schmeinck (Expertenkreis Straffälligenhilfe der LAG FW), Tanja Mundt (AJSD Oldenburg), Burkhard Teschner (DW Osnabrück), Annekatrin Seifert (JVA Lingen) – Foto SKM Lingen

Für Rückfragen steht Ihnen der Sprecher des EK Straffälligenhilfe, Hermann-Josef Schmeinck (hermann-josef.schmeinck@skm-lingen.de, Tel.: 05 91 / 9 12 46-22), zur Verfügung.

Berichte der Landesstelle Jugendschutz

Cyber-Mobbing – mit Medienkompetenz und Gewaltprävention vorbeugen

Ein Angebot der LJS für Einrichtungen der Jugendhilfe und Schulen

Online-Gewalt mit ihren Folgen betrifft die Sozial- und Medienkompetenz von Mädchen und Jungen und ist ein wesentlicher Aspekt der Gewaltprävention insgesamt. Grundsätzlich gehören Konflikte – auch in der Online-Kommunikation – zum Alltag. Solche Situationen zu bewältigen, ist Teil der sozialen Entwicklung im Kindes- und Jugendalter. Cyber-Mobbing dagegen ist kein Streit oder Konflikt, sondern zielgerichtete Gewalt. Hinzu kommt, dass schon ein einziger gehässiger Kommentar oder ein einziges gepostetes Bild vielfach verbreitet und deswegen lange nachwirken können.

Für betroffene Mädchen und Jungen stellt Online-Gewalt eine große Belastung dar. Darüber hinaus beeinträchtigt Mobbing mit zunehmender Dauer auch das Klima der Gruppe insgesamt. Denn (Cyber-)Mobbing entwickelt sich insbesondere in Gruppen, die Menschen nicht ohne Weiteres freiwillig verlassen können. Schule ist für Kinder und Jugendliche ein solcher Kontext, anders als Vereine oder Jugendtreffs. Einrichtungen der Jugendhilfe – Wohngruppen, Werkstätten u. a. – können ebenfalls Orte sein, die Mobbing begünstigen.

(Cyber)Mobbing vorzubeugen und zu beenden ist eine wesentliche Aufgabe für alle schulischen und sozialen Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche zusammenkommen. Prävention und Intervention gelingen zuverlässig, wenn ein tragfähiges Schutzkonzept eingeführt ist. Strukturelle Ressourcen in der Einrichtung, z. B. in Form von Fortbildungen der Mitarbeitenden, sind dabei ein wichtiger Faktor.



Mit dem Projekt „Cyber-Mobbing“ hat die **Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS)** Methoden und Materialien entwickelt, um Einrichtungen der Jugendhilfe und Schulen in der Präventionsarbeit zu unterstützen. Auf der Webseite des Projekts sind aktuelle Fortbildungsangebote sowie Materialien zum Download verfügbar: <https://www.jugendschutz-niedersachsen.de/cyber-mobbing/>.

Für Rückfragen zum Projekt steht Ihnen Andrea Buskotte, Fachreferentin für Gewaltprävention, (andrea.buskotte@jugendschutz-niedersachsen.de oder telefonisch unter 05 11 / 85 87 88) zur Verfügung.

Berichte der Stelle für Soziale Innovation

Meet Up Soziale Innovation Niedersachsen / Mehr Geld für sozial-innovative Projekte

Am 15. Juni 2022 hat sich gut die Hälfte der insgesamt 52 Projekte aus dem niedersächsischen ESF-Förderprogramm „Soziale Innovation“ im Hannover Congress Centrum an Info-Ständen und in Präsentationen vorgestellt und untereinander vernetzt. Die Veranstaltung war gleichzeitig ein Abschluss der gerade auslaufenden EU-Förderperiode sowie ein Auftakt in die neue – eine Mischform aus Projektmesse,



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



An Messeständen informierten die Projekte aus dem Förderprogramm Soziale Innovation über ihre Arbeit. Foto: MB Niedersachsen

Vernetzungsforum, Erfahrungsaustausch und Information der Öffentlichkeit.

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier vom niedersächsischen Europa- und Regionalministerium (MB) unternahm selbst auch einen Messerundgang und kam mit den Projekt-Teams ins Gespräch. Danach sagte er zur Begrüßung an alle Teilnehmenden: „Ich bin sehr beeindruckt, mit welcher Kreativität und Vielfalt die Menschen vor Ort den unterschiedlichen Herausforderungen unserer Zeit begegnen. Der heutige Tag zeigt mir, dass wir mit unserem Förderprogramm der Sozialen Innovation den richtigen Weg gehen. Wir haben hervorragende Rahmenbedingungen geschaffen, um neuen Ideen und Denkweisen Raum zur Erprobung zu geben. Nach dem großen Erfolg der Sozialen Innovation in der vergangen Förderperiode haben wir die Mittel noch einmal deutlich aufgestockt.“

In der jetzigen Förderperiode wurden 12,1 Mio. € für das Förderprogramm Soziale Innovation bereitgestellt, in der nächsten gibt es 18,6 Mio. € für Projekte in den Schwerpunkten „Daseinsvorsorge: Zugang zu Gesundheits- und Sozialdienstleistungen“ und „Arbeitswelt im Wandel“.

Ideenwerkstatt in Lauenbrück

Um neue Projekte zu entwickeln, haben die drei niedersächsischen Stellen für Soziale Innovation in Kooperation mit dem richtlinienverantwortlichen Europa- und Regionalministerium (MB) eine Ideenwerkstatt im Landpark Lauenbrück durchgeführt.

Der Landpark Lauenbrück, Projektpartner des laufenden Projekts „Auszeithöfe: Landerlebnis für Körper und Geist“, bot den Teilnehmenden ideale Möglichkeiten, um kreativ zu denken und sich in ländlicher Atmosphäre den Themenfeldern „soziale, ökonomische, ökologische und digitale Bedarfe“ und Lösungsmöglichkeiten zu nähern. Mithilfe des Design Thinking wurden gesellschaftliche Bedarfe in einer Analysewerkstatt identifiziert, aus denen dann innovative Lösungsmöglichkeiten und Projektansätze in einer Ideenwerkstatt herausgearbeitet wurden. Am Ende wurden sieben Projektideen von den verschiedenen Teams präsentiert, von denen einige voraussichtlich im Förderprogramm Soziale Innovation im Ideenverfahren (ab Ende August 2022) eingereicht werden.



Im idyllischen Garten des Landparks Lauenbrück ließ es sich besonders innovativ denken, wie hier in einer der Workshoprunden. Foto: LAG FW

Workshop zum Ideenaufruf im Förderprogramm Soziale Innovation

Ende August wird es einen neuen Aufruf zum Einreichen von Ideen im Förderprogramm Soziale Innovation geben. Dazu veranstalten die 3 niedersächsischen Stellen für Soziale Innovation am 31.08.2022 in Hannover einen Workshop, bei der auch das Europa- und Regionalministerium (MB), die NBank und die Ämter für regionale Landesentwicklung wichtige Informationen zum Verfahren und Bewertung der Projektideen geben.

Alle, die eine Projektidee einreichen möchten (Projektstart frühestens 01.03.2023), sind dazu herzlich eingeladen.

Für Rückfragen, Projektbesuche und Beratung zur Fördermöglichkeit im Rahmen der Richtlinie Soziale Innovation stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Anna Low

Telefon 05 11 / 85 62 47 50

anna.low@lag-fw-nds.de

Sarah Kuhlmann

Telefon 05 11 / 26 25 16 64

kuhlmann@lag-fw-nds.de

Sonstiges / Veranstaltungen und -hinweise

Ausschreibung für den Niedersächsischen Sozialpreis 2023 gestartet

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V. (LAG FW) und die Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN) freuen sich zum zweiten Mal über Bewerbungen sozialer Unternehmen und Projekte in Niedersachsen. Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann ist der Schirmherr des Niedersächsischen Sozialpreises.

Unter dem Motto – Verantwortung. Zusammenhalt. Solidarität. – schreiben die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V. (LAG FW) und die Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN) zum zweiten Mal den Sozialpreis aus, für soziale Unternehmen und Projekte in Niedersachsen. Alle niedersächsischen Unternehmen, Organisationen und Kooperationen können sich unabhängig von Größe und Rechtsform bewerben oder aber auch nominiert werden.

Bewerbungen sind bis zum 30. November 2022 unter: www.sozialpreis-niedersachsen.de möglich. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus LAG FW und UVN. Die Preisverleihung findet im Frühjahr 2023 statt.

Der Niedersächsische Sozialpreis 2023 wird in folgenden Kategorien vergeben:

1. SOZIAL AM ARBEITSPLATZ

Die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Sicherheit am Arbeitsplatz stehen für viele Unternehmen und Organisationen im Mittelpunkt einer nachhaltigen Personalpolitik. Zur sozialen Verantwortung am Arbeitsplatz gehört auch, dass das soziale Umfeld der Beschäftigten ausreichend berücksichtigt wird. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Diversität, Integration von zugewanderten Menschen und vieles mehr, können Beispiele verantwortungsvoller Unternehmensführung sein.

2. SOZIAL FÜR DAS GEMEINWESEN

Unternehmen sind ein Teil der Gesellschaft. Eine partnerschaftliche und dialogorientierte Beziehung zu verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ist Voraussetzung für eine gute Nachbarschaft. Insbesondere das Gemeinwesen im sozialen Umfeld eines Unternehmens spielt dabei eine wichtige Rolle.

3. SONDERPREIS 2023 – HILFE FÜR DIE UKRAINE

Der Sonderpreis richtet sich an Unternehmen und Initiativen, die in vorbildlicher Art und Weise Hilfeleistungen und Unterstützungsangebote für Menschen in und aus der Ukraine organisiert oder selbst umgesetzt haben. Die Solidarität und der Zusammenhalt mit den Menschen in und aus der Ukraine soll besonders hervorgehoben werden.

4. SONDERPREIS 2023 – HILFE IN DER CORONA-PANDEMIE

Die Pandemie hat Unternehmen und die Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Der Sonderpreis richtet sich an Unternehmen und Initiativen, die mit innovativen Ideen und sinnstiftenden Projekten, besonderes Engagement gezeigt und geholfen haben.

Die Zitate der Initiatoren UVN und LAG sowie von Schirmherr Dr. Bernd Althusmann:

„Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist die wichtigste Grundlage für glaubwürdiges und verlässliches unternehmerisches Handeln. Diese Verantwortung zeigt sich besonders, wenn man das soziale Umfeld der Beschäftigten im Blick behält. Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Integration und Inklusion sind zentrale Themen für jedes Unternehmen. Da der Niedersächsische Sozialpreis diese Themen würdigt, habe ich gerne wieder die Schirmherrschaft übernommen.“

Dr. Bernd Althusmann, Nds. Wirtschaftsminister und Schirmherr des Niedersächsischen Sozialpreises

„Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Teilhabe sind die Grundpfeiler unserer Demokratie. Um diese Grundpfeiler zu stabilisieren, bedarf es des Zusammenwirkens von Unternehmertum und sozialer Verantwortung, was in der Praxis leider zu häufig noch eine Rarität ist. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass auch in diesem Jahr wieder besonderes Engagement als Vorbild mit dem Niedersächsischen Sozialpreis geehrt wird!“ Marco Brunotte, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.

„Gerade in schwierigen Zeiten wie der Corona-Pandemie und während des furchtbaren Krieges in der Ukraine ist soziales Engagement von Unternehmen und Beschäftigten unverzichtbar. Wir haben in Niedersachsen viele herausragende Unternehmerinnen und Unternehmer, Organisationen sowie engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihrer sozialen Verantwortung auf ganz unterschiedliche Art und Weise mehr als gerecht werden. Diese Leuchttürme wollen wir mit dem Niedersächsischen Sozialpreis sichtbar machen und auszeichnen.“

Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN)

Den Flyer dazu finden Sie auf unserer Homepage https://lag-fw-nds.de/assets/docs/entry/flyer_nds_sozialpreis_2023.pdf

Ehrenamt stärken ist unverzichtbar!

Erfolgreiche Veranstaltung der LAG FW zu den Ergebnissen der Enquetekommission Ehrenamt

80 Personen aus Politik, Verbänden und weiteren Organisationen sind der Einladung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) zur digitalen Veranstaltung am 03.05.2022 gefolgt und haben die Ergebnisse des Abschlussberichtes der Enquetekommission des Landtages „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern (EKE)“ ausführlich aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert.

Direkt zu Beginn der Veranstaltung wurde durch einen eindrücklichen Videoclip die sowohl inhaltliche als auch geografische Breite des Ehrenamtes in Niedersachsen deutlich. Diese nahmen auch der Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius und der Vorsitzende der LAG FW, Marco Brunotte, zum Anlass, um in ihrem Zwiegespräch auf die große Relevanz des Themas für die gesamte Gesellschaft hinzuweisen. „Dadurch, dass Minister Pistorius unserer Einladung gefolgt ist, wird deutlich, dass das Thema Ehrenamt auch in der Politik einen hohen Stellenwert einnimmt. Und wir sind uns einig: Ehrenamt und die Stärkung dessen sind unverzichtbar und müssen dringend weiter gefördert werden“, so Brunotte.

Petra Tiemann, die Vorsitzende der Enquetekommission verdeutlichte, dass ehrenamtliches Engagement einer Struktur durch hauptamtliche Unterstützung bedarf, zum Beispiel bei der Unterstützung von Verwaltungsaufgaben oder in der unterstützenden Begleitung bei schwierigen Lebensumständen der betreuten Menschen oder auch bei deren sozialrechtlichen Fragen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit den Obmännern in der EKE Jörn Schepelmann, MdL, und Volker Bajus, MdL, Karin Harms, Landrätin des Landkreises Ammerland, Sara Josef, Geschäftsführerin des Vereins Exil e. V., sowie Falk Hensel, Vertreter der LAG FW in der EKE, konnten konkrete, sich aus den Handlungsempfehlungen des Abschlussberichtes der EKE ableitende, Forderungen formuliert werden, die für die zukünftige Entwicklung der Ehrenamtsstrukturen maßgeblich sind. Dabei standen u. a. der notwendige Bürokratieabbau, die Pflicht der Kommunen, sich vermehrt der Stärkung des Ehrenamtes anzunehmen, sowie die dringende Notwendigkeit von Hauptamt zur Begleitung des Ehrenamtes im Fokus. „Nur mit einer nachdrücklichen Verfolgung und auch Umsetzung dieser Forderungen durch alle involvierten Partner*innen können die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement tatsächlich und auch nachhaltig verbessert werden. Wir freuen uns, dass durch die einstimmige Verabschiedung des Berichtes eine Selbstverpflichtung besteht, dass sich alle Fraktionen im Landtag für die Beförderung des Ehrenamtes einsetzen werden. Als LAG FW werden wir diesen Prozess in jedem Fall nachhalten und begleiten“, zieht Brunotte das Fazit der Veranstaltung.

Teilhabe durch Innovation!

100 Teilnehmende diskutieren beim Sozialkongress 2022

Beim diesjährigen Sozialkongress der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) und dem politischen Bildungsforum Niedersachsen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Hannover haben 100 Personen aus Politik, Sozialwirtschaft und Zivilgesellschaft die aktuellen Herausforderungen für ein soziales Niedersachsen diskutiert.

Zu Beginn des Kongresses machte Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann in seiner Keynote deutlich, dass alle Bereiche der Wirtschaft, aber eben besonders die Sozialwirtschaft mit ihren menschenbezogenen vielfältigen Themen- und Aufgabenfeldern, auf ein Mehr an Innovationen für ihre zukunftsfähige Aufstellung und Ausrichtung angewiesen sind. Dabei stellen Innovation und Digitalisierung für ihn die Grundvoraussetzung für mehr Teilhabe dar.

Marco Brunotte, Vorsitzender der LAG FW, betonte: „Wir stehen für 230 000 Mitarbeitende und 500 000 Ehrenamtliche in unseren 13 Mitgliedsverbänden. Der von der Niedersächsischen Wirtschaftsministerin vorgelegte Masterplan Digitalisierung enthält leider auf seinen 128 Seiten kein einziges Mal die Wörter Wohlfahrtspflege oder Sozialwirtschaft. Das ist nicht akzeptabel.“ Auch sei der Wohlfahrt der Zugang zu vielen Förderprogrammen des Landes, wie zum Beispiel für kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) verwehrt. Bernd Althusmann versprach eine Prüfung der Anliegen der Wohlfahrtsverbände.

In der zweiten Key-Note des Kongresses fokussierte die Zukunftsforscherin Barbara Busse auf die Megatrends, vor denen unsere Gesellschaft stehe. Klimawandel, Digitalisierung, Urbanisierung und der demographische Wandel sind Beispiele für die Herausforderungen, die auf die Gesellschaft zukommen. Busse lieferte einen Überblick zu bestehenden Ansätzen und warf die Frage auf, wie der Prozess sozialer Innovation in Wohlfahrt und Gesellschaft in Zukunft verbessert und beschleunigt werden könne.

Marco Brunotte sieht dabei besonders die Notwendigkeit, bei allen Fragen und Themen den Aspekt der sozialen Teilhabe nicht zu vernachlässigen: „Der LAG FW ist es wichtig, dass alle Menschen von den notwendigen Innovationen profitieren können, dies betrifft arme Menschen genauso wie Menschen mit Behinderungen oder geflüchtete Menschen.“

In den anschließenden Themenpanels waren zahlreiche Referent*innen aus Politik, Wirtschaft und Sozialwirtschaft beteiligt. So konnten die Teilnehmer*innen die Herausforderungen der Digitalisierung für die Sozialwirtschaft, die Möglichkeiten von mehr Teilhabe für alle Menschen durch soziale Innovationen, den Fachkräftemangel im sozialen Bereich sowie die Stärkung der Demokratie vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine ganz konkret im Detail diskutieren und erste Lösungsansätze erarbeiten.

In der gemeinsamen Abschlussrunde waren sich alle einig, dass die aktuellen Herausforderungen nur gemeinsam und in einem breiten Bündnis angegangen und bewältigt werden können. Dabei werden insbesondere Ausdauer und regelmäßiges Reflektieren der Entwicklungen von Nöten sein. Letztendlich wird es auf diese Weise möglich sein, eine stetig bessere Teilhabe durch immer neue Innovationen zu erreichen.

„Wir freuen uns sehr über die gelungene Veranstaltung und den Schulterschluss zwischen allen Beteiligten, die die aktuellen Herausforderungen gemeinsam angehen und sich ihres notwendigen Einsatzes und Durchhaltevermögens für die Sache bewusst sind“, zieht Brunotte das Fazit der Veranstaltung.

Terminhinweise

Fachtag zur Vorstellung des HSBN Anlagenberichtes am 31.08.2022

Nach einer Corona-Pause laden das MS und die LAG FW Sie in diesem Jahr am 31.08.2022 in der Zeit von 10:00 bis 15:00 Uhr beim Forum St. Joseph zur Vorstellung der Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen (HSBN) im Rahmen eines Fachtages ein. Der diesjährige Anlagenbericht der LAG FW befasst sich mit dem Thema Kinderarmut. Armut ist eine zentrale soziale Herausforderung, die durch das Pandemiegeschehen weiter verschärft wurde. Daher wollen wir diesem Thema unter verschiedenen Facetten nachgehen. Erstmals werden die HSBN und der Basisbericht im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung auf einem gemeinsamen Fachtag diskutiert.

Den Einladungsflyer finden Sie auf unserer Homepage unter <https://laq-fw-nds.de/veranstaltungen/fachtag-zur-vorstellung-der-hsbn-am-31-08-2022>.

Workshop zum Ideenaufwurf im Förderprogramm Soziale Innovation am 31.08.2022

Am 31.08.2022 findet in Hannover ein Workshop zum Ideenaufwurf statt, der von den drei nds. Stellen für Soziale Innovation (MB, NBank und Ämter für regionale Landesentwicklung) durchgeführt wird. Nähere Informationen finden sie demnächst unter <https://www.stelle-fuer-soziale-innovation.de/aktuelles>.